



Detailansicht des Registereintrags

Vereinigung zur Mitwirkung an der Entwicklung des Bilanzrechts für Familiengesellschaften e.V.

Aktuell seit 29.06.2026 12:31:11

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004928
Ersteintrag:	11.07.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: c/o Freudenberg & Co. KG Höhnerweg 2-4 69469 Weinheim Deutschland Telefonnummer: +4940334750060 E-Mail-Adressen: info@vmebf.de Webseiten: www.vmebf.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,05

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Santokh Advani**
Funktion: Vorsitzender des Vorstands
2. **Prof. Dr. Dieter Truxius**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
3. **Anna Hoffmann**
Funktion: Mitglied des Vorstands
4. **Dr. Michael Reuter**
Funktion: Mitglied des Vorstands
5. **Dr. Thomas Ull**
Funktion: Mitglied des Vorstands
6. **Henriette Löffler**
Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Prof. Dr. Christian Fink**
2. **Santokh Advani**
3. **Prof. Dr. Dieter Truxius**
4. **Anna Hoffmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

74 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

10 natürliche Personen

64 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

EU-Gesetzgebung; Kleine und mittlere Unternehmen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; (inter-) nationale Rechnungslegung und Unternehmensberichterstattung (inkl. Nachhaltigkeitsberichterstattung)

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck des Vereins ist die Mitwirkung an der Entwicklung des nationalen und internationalen Bilanzrechts (inkl. der Unternehmens- und Nachhaltigkeitsberichterstattung) unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Familiengesellschaften. Der Vereinszweck wird ausgeübt durch die aktive Kommunikation mit und ggf. die Mitarbeit in den Gremien bzw. Arbeitsgruppen der nationalen und internationalen Institutionen der Rechnungslegungsstandardsetzung. Durch (i.d.R. schriftliche) Stellungnahmen zu aktuellen Problemen der nationalen und internationalen Rechnungslegung werden der Kontakt und der Austausch mit insbesondere dem Bundesministerium der Justiz, dem Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) sowie europäischen bzw. internationalen Institutionen wie der EU-Kommission, der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG), dem International Accounting Standards Board (IASB) oder dem International Sustainability Standards Board (ISSB) gesucht.

Im Schwerpunkt wird die Interessensvertretung ausgeübt, um Rechnungslegungs- und Berichterstattungsvorgaben mit zu gestalten, die internationale Akzeptanz bei Geschäftspartnern genießen, bewährte Prinzipien des gewachsenen deutschen Bilanzrechts aufrechterhalten und mit überschaubarem Aufwand umgesetzt werden können.

Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit Vertretern aus Forschung, Lehre und Arbeitskreisen auf dem Gebiet der (inter-)nationalen Rechnungslegung und Unternehmens-/Nachhaltigkeitsberichterstattung gefördert. In diesem Zusammenhang werden Austauschveranstaltungen organisiert, zu denen ab und zu auch Mitarbeitende des Bundesministeriums der Justiz oder sonstiger Behörden eingeladen werden, um mit diesen über aktuelle Entwicklungen zu diskutieren.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive in deutsches Recht

Beschreibung:

Ziel ist es, sinnvolle und im Kosten-Nutzen-Verhältnis ausgewogene Regelungen im HGB umzusetzen. Zudem sollen handwerkliche Fehler im Gesetzgebungsverfahren aufgezeigt und einer Korrektur zugeführt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2465 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung - Drucksache 21/1857 - Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; (inter-)nationale Rechnungslegung und Unternehmensberichterstattung (inkl. Nachhaltigkeitsberichterstattung)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406220038 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2506300112 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Spielräume für Bürokratieabbau im Bilanzrecht nutzen

Beschreibung:

Das Recht der Rechnungslegung und der Unternehmensberichterstattung birgt eine Vielzahl an administrativen Belastungen für deutsche Unternehmen. Derartige Belastungen resultieren beispielsweise aus den Buchführungspflichten, der Aufstellung von Jahres- und Konzernabschlüssen einschließlich deren Prüfung und Offenlegung sowie der Stichtagsinventurpflicht. Im nationalen Bilanzrecht sind kurzfristige Entlastungsmaßnahmen möglich, ohne die Grenzen europäischer Vorgaben zu berühren, etwa die Systematisierung der Vorschriften zum Lagebericht, die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen, die Vereinfachung von Anhangangaben oder auch die Anhebung der Schwellenwerte im Publizitätsgesetz.

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; PublG [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

(inter-)nationale Rechnungslegung und Unternehmensberichterstattung (inkl. Nachhaltigkeitsberichterstattung)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2602030008 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

2. SG2602030009 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

3. Spielräume für Bürokratieabbau im europäischen Bilanzrecht ausschöpfen

Beschreibung:

Die europarechtlichen Vorgaben zur Finanzberichterstattung bergen nennenswerte Spielräume zur Verringerung administrativer Lasten für die Wirtschaft. Dies betrifft Regelungen der EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU zum Inhalt des Lageberichts, zur Bilanzstruktur oder auch zu diversen Anhangangaben. Auch andere Bereiche des

europäischen Sekundärrechts, wie die EU-Übernehmerichtlinie 2004/25/EG oder die Mindestbesteuerungsrichtlinie (EU) 2022/2523 sind in den Blick zu nehmen, wenn überbordende bürokratische Belastungen im europäischen Recht der Rechnungslegung für kurz- und mittelfristige Entlastungsmaßnahmen identifiziert werden sollen.

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; (inter-)nationale Rechnungslegung und Unternehmensberichterstattung (inkl. Nachhaltigkeitsberichterstattung)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602030010 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[VMEBF_Bericht-2025-FINAL.pdf](#)